

**Wahlprogramm  
zur Bürgerschaftswahl 2004  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Hamburg**

**„Metropole Hamburg - Liberale Stadt“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag am 11.01.2004)

---

Quelle/Zitierweise: [http://www.fdp-hh.de/documents/wahlprogramme/Wahlprogramm\\_Hamburg\\_2004.pdf](http://www.fdp-hh.de/documents/wahlprogramme/Wahlprogramm_Hamburg_2004.pdf); 31.08.2006  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-157



# Metropole Hamburg – Liberale Stadt

---

Wahlprogramm der FDP Hamburg  
für die Wahl der Hamburgischen Bürgerschaft  
am 29. Februar 2004

Beschlossen von einem Landesparteitag  
am 11. Januar 2004

---

Verantwortlich:  
Freie Demokratische Partei  
Landesverband Hamburg  
Ost-West-Straße 63  
22457 Hamburg  
[www.fdp-hh.de](http://www.fdp-hh.de)  
Telefon 040 / 36 63 63  
Fax: 040 – 37 51 82 10  
e-mail: [office@fdp-hh.de](mailto:office@fdp-hh.de)

## Vorbemerkung

Wir, die Hamburger Liberalen, treten in diesem Wahlkampf für ein starkes, selbstbewusstes Hamburg ein, das seine Interessen gegenüber der Bundesregierung und in der Europäischen Union wahrt, aber ebenso Motor der Entwicklung bei der Bewältigung der Herausforderung eines rapide voranschreitenden Globalisierungsprozesses ist. Dazu bedarf es eines Senates, der sich auf sein Kerngeschäft - Wahrnehmung von Sicherheits- und Gestaltungsaufgaben - konzentriert und die dafür notwendigen Investitionen frei macht. Hamburg muss für den Standort Deutschland und Europa eine tragende Säule werden.

Dafür brauchen wir selbstbewusste und engagierte Bürger, die mutig und erfolgreich - allein und in Gemeinschaft mit anderen - ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen können und wollen. Wir verstehen Solidarität daher in erster Linie als Schaffung von Chancengleichheit, um die Herausforderungen des notwendigen Transformationsprozesses meistern zu können. Daher ist und bleibt Bildung und Ausbildung unverändert Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir haben im September 2001 die Chance genutzt, die Regierung eines rot-grüne Senats, der den sich abzeichnenden Zwang zur Veränderung über Jahre ignoriert und sich als Fortschrittsverhinderer bewiesen hatte, zu beenden und mit einer bürgerlichen Koalition einen neuen Senat zu bilden. Wir haben uns in dieser Koalition der Realität gestellt und - auch gegen Widerstände - mit dazu beigetragen, dass Hamburg - entgegen dem Bundestrend - in entscheidenden Bereichen aus dem Mittelmaß wieder an die Spitze des Fortschritts kommt.

Die Entscheidung hierzu haben wir uns nicht leicht gemacht, damit aber unter Beweis gestellt, dass wir bereit sind, einen als richtig erkannten Weg auch entschlossen zu gehen. Die Tatsache, unsere Ziele weitgehend im Koalitionsvertrag durchgesetzt zu haben und die Zurücknahme überzogener, populistischer Wahlkampfparolen eines unserer ehemaligen Koalitionspartner, schufen in uns das Vertrauen, kompetente liberale Politik für Hamburg machen zu können. Dieses Vertrauen ist durch ehrenrühriges Verhalten und handwerkliche Fehler enttäuscht worden.

Neuwahlen wurden unumgänglich, um für Hamburg eine stabile Regierung zu sichern. Wir als Liberale stehen bereit und möchten unseren Wählerauftrag fortführen.

## **Bildung: Kita, Schule, Berufsausbildung, Sport und Wissenschaft - unsere erste Priorität**

Für den alten rot-grünen Senat bedeutete die Bildungspolitik Gleichmacherei. Überproportionale Ausstattung der Gesamtschulen zu Lasten der übrigen Schulformen, Vernachlässigung von Grundfähigkeiten wie Sprache und Mathematik und allgemeines Absenken der Anforderungen unserer Bildungsabschlüsse führten zu einem Verfall des Bildungsstandes unserer Kinder. Mit ihrer liberalen Bildungsoffensive in Hamburg stellt sich die FDP der Bedeutung von Bildung im 21. Jahrhundert. Deutschlands wichtigster Rohstoff ist Wissen. Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft: Trotz schwieriger Haushaltslage hat die FDP den Bildungsetat gesteigert. Begonnene Reformen werden fortgeführt, bestehende Mängel nachgesteuert und entsprechend behoben. Die FDP steht für eine innovative und zukunftsorientierte Bildungspolitik, die von den Fähigkeiten eines jeden einzelnen Kindes, jedes einzelnen Jugendlichen ausgeht. Unser Ziel ist es, ihnen zu größtmöglicher Leistungsfähigkeit zu verhelfen.

### **Kita und Frühförderung**

Für die FDP dienen Kindertagesstätten (Kitas) nicht nur der Verwahrung sondern auch der sehr wichtigen vorschulischen Bildung. Die FDP hat einen Schwerpunkt bei den Kindertagesstätten gesetzt und trotz Anlaufschwierigkeiten viel erreicht: Durch den Kita-Gutschein werden Eltern zu echten Kunden. Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf und Kinder berufstätiger Eltern erhalten bevorzugt einen Kita-Platz. Auch bei Arbeitslosigkeit der Eltern wird die Betreuung fortgeführt und so die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz erleichtert. Hamburg hat die höchste Versorgung mit Kita-Plätzen aller westlichen Bundesländer. Auf diese

Erfolge wollen wir aufbauen.

Das will die FDP in den nächsten vier Jahren umsetzen:

1. Kitaversorgung für alle: Jedes Kind ab drei Jahren erhält einen garantierten fünfstündigen Kita-Platz.
2. Berufstätigkeit und Erziehung vereinbar machen: Alle berufstätigen Eltern erhalten einen Kita-Gutschein nach ihrem Bedarf.
3. Gutscheinvergabe vereinfachen: Die Kriterien für die Zuteilung eines Kita-Gutscheins werden übersichtlicher und einfacher.
4. Vermehrt Betriebskindergärten in Form von public-private-partnership einrichten. Zur Teilhabe an diesem Programm werden insbesondere Unternehmen mit einem hohen Anteil weiblicher Beschäftigten angesprochen. Ebenso sollen sich Behörden und öffentliche Unternehmen daran beteiligen. Auch wollen wir zusammen mit den Verbänden betriebsübergreifende Branchenlösungen erarbeiten.
5. Alternativen bei der Kinderbetreuung nutzen: Tagesmütter und -väter werden stärker gefördert.
6. Die erfolgreiche sprachliche Frühförderung ausbauen: Ausländische Kinder werden ebenso gefördert wie Kinder deutscher Herkunft mit besonderem Förderbedarf.
7. Damit Kinder in ihrem vertrauten Umfeld bleiben können: Die Umsetzung der Fördermaßnahmen findet an den Kindertagesstätten und Vorschuleinrichtungen statt.
8. Betreuung, wo sie am dringendsten gebraucht wird: Kinder mit sprachlichem Förderbedarf werden bei der Vergabe von Kita-Gutscheinen bevorzugt berücksichtigt.
9. Vorfahrt für Integration: Stadtteile mit hohem Ausländeranteil haben Priorität bei der Sprachförderung.
10. Zusammenarbeit stärken: Eltern und Erziehungsberechtigte werden in die Förderprogramme einbezogen.

## Schule

Hamburg hat ein modernes Schulgesetz erhalten. Auf Initiative der FDP

wurde die Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre gesenkt. Grund-, Haupt-, Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien werden wieder gleichberechtigt finanziert, Schulen in freier Trägerschaft werden besser ausgestattet als je zuvor. Verbindliche Leistungsstandards an den Schulen sorgen für vergleichbar hohe Qualität.

Trotz dieser schnellen und unstreitbar wichtigen Erfolge sieht die Hamburger FDP erheblichen weiteren Verbesserungsbedarf. Dabei stellt sie die Qualität der schulischen Ausbildung vor die Verantwortung der Bundesländer in der Schulpolitik. Sie wird sich daher dafür einsetzen, dass das Schulsystem in Deutschland sich an einheitlichen Bildungsinhalten ausrichtet, die über die Ländergrenzen hinweg volle Anerkennung erbrachter Leistungen für alle garantieren. Dies ist eine Voraussetzung, um die Erwartung an die Mobilität von Familien zu fördern. Die Kulturhoheit der Länder darf dem nicht im Wege stehen.

Das will die FDP in den nächsten vier Jahren umsetzen:

1. Das Lehrerarbeitszeitmodell vereinfachen: Die Einführung des neuen Lehrerarbeitszeitmodells hat Unruhe an den Schulen ausgelöst. Einzelne Fehler dürfen jedoch nicht dazu führen, dass das gesamte Modell in Frage gestellt wird. Unser Ansatz, alle Anteile der Lehrerarbeit zu erfassen und genauer zu berücksichtigen, bleibt richtig. Lehrerarbeitszeit ist mehr als 45-minütiger Unterricht. Wichtige Aufgaben eines Klassenlehrers und außerunterrichtliche Arbeit werden endlich erfasst. Vorhandene Schwächen des Modells werden in Abstimmung mit den Lehrerinnen und Lehrern der Stadt beseitigt. Das Modell wird einfacher und weniger bürokratisch.
2. Begonnene Reformen fortführen: Ganztagschulprogramme werden weiter ausgebaut.
3. Vielfältige Angebote für Schüler mit besonderem Förderbedarf bleiben erhalten: Dazu zählen integrative Beschulungsangebote ebenso wie Sonderschulen.
4. Ehrenamtliches Engagement an Schulen wird gefördert: zum Beispiel durch ergänzende Angebote wie Gesundheitserziehung, Hausaufgabenbetreuung oder Gast-Unterrichtsstunden

- von Vertretern der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens.
5. Kooperation verstärken: Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen wird ausgebaut.
  6. Mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit für Hamburgs Schulen: in der Personalauswahl ebenso wie in der Profilbildung. Zwischen Schulen und Behörde werden umfassende Ziel- und Leistungsvereinbarungen geschlossen, um Qualität der Schulausbildung zu garantieren.
  7. Über Reformen informieren: Durch eine zentrale Info-Hotline erhalten Schüler, Eltern und Lehrer Informationen über Reformen und Veränderungen an den Schulen.
  8. Die richtige Lehrerausbildung ist entscheidend für die Schulen und den Unterricht von morgen: Die Ausbildung wird praxisbezogener, pädagogische und psychologische Inhalte erhalten mehr Gewicht. Studierende erhalten nach einem Fachstudium (Bachelor-Abschluss) die Möglichkeit, zwischen der Lehrerlaufbahn und anderen Berufswegen zu wählen.

## Berufliche Bildung / Weiterbildung

Die duale Ausbildung wurde gestärkt und ausgebaut. Hamburgs Berufsbildende Schulen haben bundesweit einen guten Ruf.

Das will die FDP in den nächsten vier Jahren umsetzen:

1. Theorie und Praxis stärker verzahnen: Die Zusammenarbeit von Schulen und ausbildenden Betrieben wird ausgebaut.
2. Berufsperspektiven auch für gering qualifizierte Jugendliche: durch gestufte Abschlüsse und eine Berufsausbildung nach dem Baukastensystem.
3. Chancen anbieten: Qualifizierungsangebote über den „zweiten Bildungsweg“ bleiben erhalten.
4. Die Weiterbildung ist weiterhin von wachsender Bedeutung. Weiterbildung erfasst alle Bereiche der Gesellschaft. Schneller technologischer Wandel, die demographische Entwicklung und berufliche Anpassungs- und Aufstiegswünsche sind wesentliche

Gründe dafür, dass die Weiterbildung die vierte Säule des Bildungswesens sein muss. Die FDP unterstützt die Aufstiegsfortbildungsmöglichkeiten in gewerblichen, technischen, pflegerischen und kaufmännischen Berufen und strebt eine enge Kooperation freier Weiterbildungsträger und staatlicher Einrichtungen an.

## Sport

Eine dritte Sportstunde wird die Gesundheit unserer Kinder verbessern. Die FDP hat neben dem Breitensport wieder auf den Leistungssport gesetzt: 10 Mio. für den Bau von Deutschlands modernster Leichtathletik-Trainingshalle, Erhalt des Jugendleistungszentrums Brummerskamp, Gründung der Stiftung Leistungssport sowie der Gewinn von attraktiven Großveranstaltungen wie des Triathlon Weltcups, der Special Olympics und der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 fördern den Standort und haben Hamburg zur Olympiastadt der Herzen gemacht.

Das will die FDP in den nächsten vier Jahren umsetzen:

1. Ausbau des Olympia-Stützpunkts Hamburgs.
2. Schaffung einer Eliteschule des Sports.
3. Ausbau des Lehrer-/Trainermodells durch Kooperation der Behörde für Bildung und Sport mit dem Hamburger Sportbund.
4. Bereitstellung eines Fonds für Public-Private-Partnership-Projekte im Bereich Großveranstaltungen und Leistungssportevents.
5. Beibehaltung des Drei-Säulen-Modells der Sportfinanzierung.

## Wissenschaft und Forschung

Der Sparkurs an Hamburgs Hochschulen wurde endlich gestoppt. Durch Schwerpunktsetzung, Profilbildung und die Einführung international anerkannter Abschlüsse werden Hamburgs Hochschulen auf den Weg an die europäische Spitze gebracht.

Das will die FDP in den nächsten vier Jahren umsetzen:

1. Zukunftspakt verlängern: Hamburgs Hochschulen erhalten eine Budgetgarantie für vier Jahre und verpflichten sich im Gegenzug, begonnene Reformen fortzusetzen.
2. Eine zukunftsfähige Hochschullandschaft schaffen: Die Neugliederung der Hochschulen wird fortgeführt. Die von der Behörde erhobenen Planzahlen zum Akademiker-Bedarf werden regelmäßig überprüft und ggf. verändert. Dabei werden die Wünsche der Studierenden berücksichtigt.
3. Hamburgs Studenten für Europas Arbeitsmarkt qualifizieren: Die international anerkannten Bachelor/Master-Abschlüsse werden zügig ausgebaut.
4. Besondere Hochschulprofile bewahren: Die Strukturen der HWP (international anerkannte Abschlüsse, Zugang ohne Abitur, Praxisnähe) bleiben bei Zusammenführung mit den Wirtschaftswissenschaften der Universität erhalten.
5. Wirtschaft und Wissenschaft vernetzen: Die Life-Science-Agentur i-Med wird teilprivatisiert.
6. Den Wissenschaftsstandort Hamburg weltweit bekannt machen: Forschung und Technologie, Hochschulen und Unternehmen arbeiten zusammen für Hamburgs Bewerbung "Stadt der Wissenschaften 2005".
7. Leistung fördern: Hochschulprofessoren werden leistungsgerecht bezahlt. Die gleichzeitige Sicherung hoher wissenschaftlicher Standards wird gesichert.
8. Hochschulbau fortführen: Nach dem Beschluss der Bundesregierung, sich aus dem Hochschulbau zurück zu ziehen, startet Hamburg eine Bundesratsinitiative zur besseren Ausstattung der Länder mit Geldern für den Hochschulbau.
9. Weltklasse nach Hamburg holen: Die Sondermittel für die Berufung von Spitenforschern werden erhöht.
10. Bestehende private Initiativen, wie das Northern Institute of Technologie (NIT), die Bucerius Law School und die Hamburg Media School unterstützen und fördern.

Die zur Förderung des Hochschulbereichs erforderlichen Mittel stellen wir

durch Rückführung der sonstigen Zuwendungen und aus den frei werden-den Mitteln in Zusammenhang mit dem LBK Verkauf bereit.

## **Wirtschaft und Arbeit: ein starker Mittelstand schafft Arbeitsplätze**

Rot-grüne Wirtschaftspolitik vernichtet Arbeitsplätze. Bundesweit 40.000 Unternehmensinsolvenzen pro Jahr, die 590.000 Arbeitsplätze gekostet haben, sind ein Armutszeugnis. Arbeitspolitik hat sich für Rot-Grün auf die Verwaltung der Arbeitslosigkeit reduziert. Zu echten Reformen in der Wirtschafts-, Steuer- und Beschäftigungspolitik findet sich die Bundesregierung immer noch nicht bereit. Die weitere Verzögerung des dringend benötigten wirtschaftlichen Aufschwungs wird die Folge sein. Das gerade beschlossene Reformprogramm ist ein zu kleiner Schritt, der vom Stillstand nicht zu unterscheiden ist.

Der Koalitionsvertrag 2001 trägt eindeutig die Handschrift der Liberalen. Die aus unserem Wahlprogramm stammende Strategie, Hamburg und die umliegende Region langfristig auf einen überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstumspfad zu lenken, war richtig, denn nur eine wachsende Wirtschaft sichert Beschäftigung, Ausbildungsplätze und den Wohlstand aller Bürger. Diese Politik wollen wir in einer neuen bürgerlichen Koalition fortsetzen. Auch in Zukunft wollen wir Unternehmertum fördern, Ausbildung durch Qualitätssteigerung sichern und Betriebe mit ihren Arbeitsplätzen sowohl im Bestand als auch in der Ansiedlung unterstützen.

Im Wettbewerb mit anderen europäischen Metropolen gilt es, die eigenen Stärken weiter zu entwickeln. Diese von der FDP gesetzte wirtschaftspolitische Leitlinie fand ihren Niederschlag in der Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahre, der sog. clusterorientierten Wirtschaftspolitik. Diese Politik wollen wir weiter entwickeln und auf eine breitere Basis stellen. In diesem Zusammenhang legt die FDP Wert darauf, dass weniger im Rampenlicht stehende Geschäftsfelder nicht vernachlässigt werden.

Hamburg ist der „östlichste Nordseehafen“ und der „westlichste Ostseehafen“. Durch die Erweiterung der EU wird die Ostsee 2004 zu einem EU-

Binnenmeer. Hamburg als Metropole im nördlichen EU-Raum liegt nun im Zentrum all dieser Aktivitäten. Die jetzt schon bedeutsame Rolle als internationale Drehscheibe zwischen Ost, Nord und West wird zunehmen, wenn die Chancen offensiv genutzt werden, die sich aus der EU-Erweiterung und einer aktiven Kooperation im Rahmen des Aktionsplans des Europäischen Rates „Nördliche Dimension“ für Hamburg ergeben. Die FDP Hamburg wird diese Chancen in ihrer gesamten Bandbreite zum Nutzen unserer Stadt initiativ, innovativ und positiv besetzen.

Im Rahmen der europäischen Osterweiterung der Europäischen Union freuen wir Liberalen uns insbesondere auf eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der „Politik der Elbe“ mit Hamburgs Partnerstädten Dresden und Prag.

Im Ausbau und der Festigung der partnerschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen zu Shanghai liegen unbestreitbare wirtschaftspolitische Verdienste der bürgerlichen Koalition, für jedermann sichtbar, wenn das geplante Chinazentrum in der Hafencity Gestalt annimmt. Daneben wollen wir die traditionell ebenso guten Wirtschaftsbeziehungen zu Japan und unserer Partnerstadt Osaka pflegen und intensivieren, wie auch zum übrigen südostasiatischen Raum.

Der Hafen ist und bleibt Motor der Hamburger Wirtschaftskraft. Er befindet sich auf einem beispiellosen Wachstumskurs, den es für die Zukunft abzusichern gilt.

Dazu gehören

1. Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der verkehrlichen Anbindung, wie weitere Fahrrinnenanpassungen der Unter- und Außenelbe, Strombaumaßnahmen auf der Mittelalbe gemäß Bundesverkehrswegeplan '92, der Ausbau bestehender Kanalsysteme nördlich der Elbe, die Verwirklichung einer Straßenverbindung (Hafenquer-spange) südlich der Elbe.
2. Die Zukunft des Hamburger Hafens entscheidet sich an der Hafenquerspange (A252), wir werden alles tun, um dieses Rot-Grün im Bund klarzumachen und hilfsweise die nötigen gesetzlichen Rege-

- lungen für eine private Finanzierung in Hamburg schaffen,
3. die Absicherung des Investitionsbedarfs für Ausbau und Modernisierung der Kaianlagen,
  4. die Umstrukturierung der Hafenflächen, um Platz für qualitatives Wachstum zu schaffen, z.B. durch die Ansiedlung hafennaher Industrie, Distribution und Veredelungsgewerbe,
  5. die Finanzierung der Hafenmodernisierung durch Einbindung privaten Kapitals.

Auch wenn der Hafen durch technische Modernisierung und Verdichtung nach innen noch über ein großes Wachstumspotential verfügt, darf die Erweiterungsoption Moorburg nicht aus der Hand gegeben werden.

Zur Absicherung des Hafenwachstums ist die Reorganisation der Hafenverwaltung unabdingbar. Nur wenn es gelingt hier flexiblere Strukturen zu schaffen, die auf Marktveränderungen schneller reagieren als Verwaltungsapparate mit ihren politischen Abstimmungsprozessen, hat der Hamburger Hafen die Chance, den immer härter werdenden Wettbewerb zu bestehen. Die FDP will nicht, dass es, wie bisher von der Wirtschaftsbehörde vorgesehen, bei einer reinen Organisationsprivatisierung bleibt. Vielmehr sollen die für den Hafen zuständigen Behördenabteilungen in eine wirklich private, rechtlich selbstständige Port Authority übertragen werden.

Wir setzen uns als Ziel, für die Weiterentwicklung des Hafens auch privates Kapital einzubinden. Eine Möglichkeit bietet sich über die Privatisierung oder Teilprivatisierung der HHLA. Dieses Projekt darf kein Selbstzweck sein. Sollte sich kein geeigneter strategischer Partner für die Muttergesellschaft finden, müssen die Töchter teil- oder voll privatisiert werden. Ein weiteres Modell wäre die Privatisierung von Teilen von Strom und Hafenbau, z.B. die Hafenbahn.

Die Realisierung der internationalen Abkommen zur Hafensicherheit dürfen nicht auf Kosten der Betriebe der Hafenwirtschaft erfolgen, wie von der rot-grünen Bundesregierung geplant.

Im Konzept der Wachsenden Stadt setzte die FDP auf die Verzahnung von

Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Die mit private partnership gegründete School of Logistics gehört in diesen Zusammenhang. Im Interesse der Hafenwirtschaft wollen wir sie zu einem Bildungs- und Wissenschaftszentrum für maritime Wirtschaft ausbauen.

Durch die Airbusansiedlung und -erweiterung wuchs Hamburg zum weltweit drittgrößten Standort der Luftfahrtindustrie. Zusammen mit der Lufthansawerft und dem Flughafen beschäftigt dieser Sektor jetzt 30.000 Menschen und generiert die Ansiedlung zahlreicher mittelständischer Zulieferer und Dienstleister. Die FDP wird sich auch weiterhin für die angemessene Weiterentwicklung des Standortes einsetzen.

Die Stärke Hamburgs und der Region im Bereich Life-Science gründet sich auf den ansässigen Unternehmen, Krankenhäusern und wissenschaftlichen Einrichtungen und der sich daraus ergebenden Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft. Der Hamburger Gesundheitsmarkt zeichnet sich durch die Verbindung von Technologie und Anwendung aus, während andere Standorte meist nur singulär fokussiert sind, entweder technologie- oder anwendungsorientiert.

In der Kombination beider Ausprägungen soll sich die Metropolregion Hamburg als Cluster für „Innovative Medizin“ profilieren, wo neue Technologien entwickelt und zur effektiven medizinischen Versorgung der Patienten eingesetzt werden. Der Landesbetrieb Krankenhäuser, als eines der größten Krankenhausunternehmen bringt seit Jahren Verluste und ist auf Grund mangelnder Altersvorsorge hoch verschuldet. Die FDP bekennt sich zur Privatisierung dieses Unternehmens und hat bei der Konzeptentwicklung dafür gesorgt, dass die marktbeherrschende Stellung abgebaut werden soll. Ohne privates Kapital und Management hat das Unternehmen keine Zukunft.

Für Hamburg als herausragendem Medienstandort ist es neben anderen zu stärkenden Investitionsanreizen von großer Bedeutung, dass sich die Rundfunk- und Fernsehunternehmer auf eine unbürokratische Zulassung verlassen können. Mit dem Hamburgischen Mediengesetz hat Hamburg eine bundesweite Vorreiterrolle bei der Liberalisierung und Entbürokratisierung der Rundfunkaufsicht übernommen. Diesen Kurs will die

FDP fortsetzen und die Anzahl der Landesmedienanstalten mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen Stelle schrittweise reduzieren. Übergangsweise soll es für den norddeutschen Raum, in dem die Kooperationen im Medienbereich generell gestärkt werden sollen, nur noch eine Landesmedienanstalt mit den vorrangigen Aufgaben der Lizenzvergabe und Missbrauchskontrolle geben. Die FDP bekennt sich klar zum dualen Rundfunksystem, sieht jedoch eine Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seiner Finanzierung als notwendige Voraussetzung für den Fortbestand an. Der spezifische öffentlich-rechtliche Rundfunkauftrag, der überhaupt erst das Gebührenprivileg rechtfertigt, muss vom Gesetzgeber und nicht allein von den Rundfunkanstalten präzise definiert werden.

Die FDP will Transparenz im Medienbereich und setzt sich für erweiterte Impressumsoffenlegungspflichten ein, die für die Leser von Druckwerken klar erkennen lassen, wer an dem Medium direkt oder indirekt beteiligt ist.

Dank liberaler Wachsamkeit wurde die Tourismuswirtschaft in den vergangenen zwei Jahren nicht durch unsinnige Sparverfügungen geschwächt, denn obwohl der Hamburg-Tourismus jährlich 2,7 Mrd. Umsatz, 830 Mio. Einkommen, 48.000 Vollzeitarbeitsplätze und 120 Mio. Steuereinnahmen für Hamburg generiert, hat der Wirtschaftssenator immer wieder versucht die Mittel für die Tourismuswerbung zu kürzen.

Die FDP will die begonnene Messeerweiterung zügig voranbringen, so dass im Frühjahr 2005 die ersten Hallen genutzt werden können. Das Kongresszentrum soll eine Ausstellungshalle erhalten, damit es wie bisher auf hohem Niveau international wettbewerbsfähig bleibt und durch die Kaufkraft der Kongressteilnehmer Arbeitsplätze im Einzelhandel, Taxigewerbe, Hotellerie und Gastronomie sichert.

Die Öffnungszeiten in der Außengastronomie sollen verlängert werden.

Wie im Wahlprogramm gefordert, hat die FDP im Koalitionsvertrag die strukturellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik mit der Zusammenlegung der Ressorts Wirtschaft und Arbeit durchgesetzt. So wurde die Grundlage für eine Arbeitsmarktpolitik geschaffen, die unter dem Motto „Fördern, Fordern, Effizienz“ allein an Kriterien der Praxistauglichkeit

orientiert ist und zur Aufgabe hat, Arbeitslose in Arbeit zu vermitteln, statt Arbeitslosigkeit zu verwalten. Das soll auch künftig so bleiben. Hamburg wird dafür optieren, die im Zuge der Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehene zentrale Betreuung Langzeitarbeitsloser selbst zu übernehmen.

Zur Förderung der Hamburger Privatwirtschaft hat die Koalition bereits im ersten Regierungsjahr auf Betreiben der FDP im Hamburger Mittelstandsförderungsgesetz das öffentliche Vergaberecht mittelstandsfreundlicher gestaltet, dabei auch die öffentlichen Unternehmen in die Pflicht genommen und so dazu beigetragen, dass sich auch kleine Handwerksbetriebe mit größerer Erfolgsaussicht an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen können.

Die FDP will mehr Gewerbeflächen schaffen. Unter dem Motto „Wohnen und Arbeiten“ sollen vermehrt kleinflächige Gewerbeflächen ausgewiesen und erschlossen werden. Für Existenzgründer und für die neuen Technologien sind im Wege des Erbbaurechts bzw. preisreduzierter Flächenangebote Anreize zu schaffen, sich in Hamburg anzusiedeln. Existenzgründer schaffen neue Arbeitsplätze. Um Unternehmensgründern den Weg in die Selbständigkeit zu erleichtern, wurden die bisherigen fünf Programme zur Förderung von Existenzgründung und Mittelstand zum 1. März 2003 gebündelt und damit transparenter gemacht.

Neue Investitionen erfordern die nachhaltige Entlastung der Wirtschaft von zu hohen Abgaben und Gebühren und von der überbordenden Verlagerung von Verwaltungsaufgaben auf die betriebliche Ebene.

Durch behördliche Auflagen, komplizierte Genehmigungsverfahren, Datenerfassungen und komplizierte Steuergesetzgebung wird jeder Arbeitsplatz in einem Unternehmen unnötig verteuert. Hinzu kommt, dass eine allgegenwärtige und allmächtige Bürokratie die Ansiedlung neuer bzw. und Expansion bestehender Betriebe hemmt. Die Liberalen wollen diese staatliche Regulierungswut zu Lasten der Wirtschaft beenden. Die Reform landesgesetzlicher Regelungen insbesondere durch Einführung umfassender Genehmigungsfiktionen und Begrenzungen der Geltungsdauer von Gesetzen sind hierzu das geeignete Mittel. Die FDP wird den

begonnenen Weg der Deregulierung und Entflechtung von Doppelzuständigkeiten fortsetzen. Die erheblichen unentgeltlichen Leistungen der Wirtschaft für den Staat werden einer Revision unterzogen und konsequent auf ihre Notwendigkeit hin überprüft. Ziel der FDP ist ein Abbau dieser Leistungen und ein Kostenerstattungsverfahren für die verbleibenden Unterstützungen. In die Begründungen von Gesetzesentwürfen sind Erwägungen zu wirtschaftlichen Auswirkungen des Vorhabens aufzunehmen.

Zur Entlastung der Hamburger Wirtschaft treten die Liberalen bis zu einer umfassenden Neuordnung des Steuersystems für die nachhaltige Senkung der Gewerbesteuer ein. Die von der CDU gewollte Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die Freien Berufe hat die FDP verhindert.

Nicht allein aus finanzpolitischen, sondern vor allem aus ordnungspolitischen Gründen strebt die FDP weitere Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Unternehmen an.

Die von unserer Fraktion angestoßene Überprüfung der unmittelbaren Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung hinsichtlich der Notwendigkeit eines Verbleibs im Eigentum der Stadt richtete sich aus an der Bedeutung der Unternehmen für

1. die Infrastruktur der Stadt,
2. die langfristige Sicherung des Wirtschaftsstandorts Hamburg,
3. die Sicherung fachspezifischer Ziele.

Unternehmen, die den oben genannten Kriterien nicht genügen, können privatisiert werden. Dasselbe gilt für die mittelbaren Beteiligungen, die gegebenenfalls unter Nutzung der Gesellschafter- bzw. Aktionärsrechte einer vollständigen oder teilweisen Privatisierung zugeführt werden können. Als Beispiele seien genannt

1. HSH Nordbank
2. Flughafen Hamburg GmbH
3. Landesbetrieb Krankenhäuser

4. Gewerbeimmobilien der SAGA und GWG-Gewerbe Gesellschaft
5. TEREG Gebäudedienste GmbH
6. Stadtreinigung Hamburg

Privatisierungserlöse sollen ab 2006 zur Schuldentilgung und zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen verwendet werden.

Die FDP will schließlich nordstaatliche Strukturen schaffen. Um ein Planungsnebeneinander oder -gegeneinander zu vermeiden, fordern wir eine verstärkte Zusammenarbeit der Freien und Hansestadt Hamburg mit den benachbarten Landesregierungen -aber auch mit den angrenzenden Gemeinden und Landkreisen- zur Entwicklung einer gemeinsamen norddeutschen Wirtschaftsmetropole.

## **Verkehr: Wir halten Hamburg in Bewegung**

Staus und Schlaglöcher waren Kennzeichen mobilitätsfeindlicher Politik der früheren rot-grünen Landesregierung. Durch bewussten Rückbau von Busbuchten sollte der Verkehrsfluss ebenso gezielt gebremst werden wie durch unsinnige Geschwindigkeitsbegrenzungen und damit verbundene schikanöse Tempokontrollen.

Demgegenüber hat der von der FDP getragene Senat die Mittel für die Instandsetzung von Straßen erheblich aufgestockt: Die Planperiode 2004 bis 2008 sieht gegenüber der von Rot-Grün verantworteten Planperiode 2002-2006 eine Erhöhung um 63 Mio. auf 325 Mio. vor. Zur Verbesserung des Verkehrsflusses wurden verschiedene Kreisverkehre neu eingeführt, ebenso Tempo 60 auf einigen Ausfallstraßen. Der grüne Pfeil an Ampeln fand bundesweite Anerkennung. Der Einsatz von computergestützten Verkehrsleitsystemen auf den Hauptverkehrsadern wird als Testphase in Bramfeld ab 2004 eingeführt. Mehrere Tausend überflüssige Poller wurden abgebaut. Auch wurde die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs gesteigert, durch die Gebietserweiterung des HVV um vier angrenzende Kreise Schleswig-Holsteins und durch Anhebung des Höchstalters für günstige Kinderfahrscheine von 12 Jahren auf 14 Jahre.

Die FDP will für Hamburg auch in Zukunft verkehrspolitische Zeichen setzen. Ein klares Ja zum Auto und der damit verbundenen individuellen Freiheit gehören dabei genauso dazu, wie der Wirtschaftsverkehr, ein moderner, komfortabler öffentlicher Personennahverkehr und die Einbindung anderer Verkehrsmittel, wie z.B. das Fahrrad.

Die FDP will verbesserte überregionale Straßenverkehrsverbindungen. Die beiden BAB-Eckverbindungen A7/23 und A1/24 in Richtung Hamburg-City sind nach Norden hin zu öffnen und entsprechend auszubauen. Eine westliche Elbquerung der A20 bei Glücksstadt, im weiteren Verlauf der A 20 südlich der Elbe und ein gemeinsames Raumordnungsverfahren mit Niedersachsen und Schleswig Holstein werden einen sinnvollen Anschluss in Richtung Süden und Westen sicherstellen. Auch der Bau der A 26 ohne Trassenführung durch das Alte Land muss zeitnah erfolgen.

Im innerstädtischen Bereich werden wir die Einführung von computergestützten Verkehrsleitsystemen auf den Hauptverkehrsadern weiter vorantreiben, um zeitnah einen flächendeckenden Einsatz zu ermöglichen. Wir wollen auch die Einführung von Richtgeschwindigkeitsampeln („Grüne Welle“) und verstärkte nächtliche Ampelabschaltungen. Ferner soll die Verkehrslage durch den schnellstmöglichen Bau der Hafenquerspanne, noch weitere Kreisverkehrslösungen, den Ausbau der Ringe 2 und 3 sowie den Bau der notwendigen DASA-Trasse als Finkenwerder Ortsumgehung verbessert werden.

Radarfallen werden weiterhin nur dort angebracht, wo sie der Verkehrssicherheit dienen. Parkverbotszonen wollen wir nur dort, wo parkende Autos den Verkehr tatsächlich behindern. Der Parkplatznot ist durch den konsequenten Ausbau von Quartiergaragen in den Stadtteilen zu begegnen.

Um das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln weiter zu verbessern, strebt die FDP die Privatisierung des Streckenbetriebes an. Bei der Ausschreibung der Strecken ist zur Reduzierung von Abgasen und Lärm die Verwendung von gas- bzw. wasserstoffbetriebenen Bussen als Bedingung

vorzusehen. Die FDP setzt sich ferner für den beschleunigten Ausbau der Bahnhöfe zu modernen und behindertengerechten Dienstleistungszentren ebenso an wie die Ausdehnung des Nachttaxi-Angebotes. Um die Wasserwege in Hamburg einer belebenden Nutzung zuzuführen, muss der Wirtschaftsraum Elbe und Alster unter Aufhebung des HADAG-Monopols auch für den Betrieb von sog. „Wassertaxis“ geöffnet werden. Diesen Wassertaxis sollen die vorhandenen Anlegstellen in Elbe und Alster nutzen dürfen.

Der Flughafen Hamburg ist für den internationalen Wirtschaftsstandort sowie für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt unverzichtbar. Die Möglichkeit, zeit- und ortnah sowohl geschäftliche als auch private Flugreisen unternehmen zu können, wird in Zukunft ein immer wichtigerer Standortfaktor sein. Der Flughafen sichert Arbeitsplätze und begünstigt Unternehmensansiedlungen. Eine gute Verkehrsanbindung, ein verbesserter Service und eine intensivere Nutzung des zurzeit einzigen größeren Flughafens im norddeutschen Raum sind daher dringend erforderlich. Die Verkehrssituation am Flughafen muss verschärft werden, da die Anreise zum Flughafen zurzeit von Staus und besetzten Parkplätzen gekennzeichnet ist.

Unverzichtbar ist für die FDP auch heute eine Hochgeschwindigkeitsverbindung nach Berlin, mit der Perspektive der Schaffung einer europäischen Verkehrsschlagader Hamburg-Bremen-Groningen-Amsterdam. Die FDP setzt sich beständig dafür ein, beim Bundesverkehrsministerium eine Wiederaufnahme der Gespräche mit Hamburg für den Eurorapid zu erreichen.

## **Innen und Recht: Freiheit braucht Sicherheit**

Die rot-grüne Vorgängerregierung hat das Thema innere Sicherheit nicht wahrnehmen wollen. Der Hauptbahnhof wurde als Europas größter Drogenumschlagsplatz ebenso hingenommen, wie Hamburgs Spitzenstellung bei der Raub- und Einbruchskriminalität. Für eine effektive Strafverfolgung wurden die Geldmittel nicht erhöht, im Gegenteil: Stellen wurden abgebaut. Das vollständige Versagen des rot-grünen Senats auf

diesem Gebiet hat wesentlich und zu Recht zum Regierungswechsel im Herbst 2001 beigetragen.

Die FDP hat den Auftrag ihrer Wähler ernst genommen und aktiv zu einer Verbesserung der inneren Sicherheit in Hamburg beigetragen. Anders als ihre Koalitionspartner hat sie aber erkannt, dass die Probleme nicht durch eine Verschärfung der Gesetze, sondern vor allem durch die konsequente Anwendung der bestehenden Rechtslage und durch eine Stärkung der Sicherheitsbehörden an Personal und Sachmitteln zu lösen sind.

Es bestand kein Gesetzes-, sondern ein Vollzugsdefizit. Überzogenen Forderungen nach rechtlichen Verschärfungen ist die FDP daher erfolgreich entgegengetreten. Die FDP hat verhindert, dass den Bürgern allein durch hektische Tätigkeit des Gesetzgebers eine Scheinsicherheit vorgegaukelt wird. Die FDP hat sich stattdessen massiv für Neueinstellungen bei der Polizei eingesetzt. Für zusammen 1.286 Neueinstellungen in diesen beiden Jahren stehen die erforderlichen Stellen ausreichend zur Verfügung. Damit werden die höchsten Einstellungsquoten im Polizeidienst seit 1986 erreicht. Die Erfolge können sich sehen lassen: Die Kriminalität konnte entgegen dem Bundestrend deutlich reduziert werden, ganz besonders im Bereich der Jugendkriminalität. Durch konsequente Anwendung der Gesetze wurde das Risiko für Drogendealer, ergriffen zu werden, entscheidend erhöht, was zur Auflösung der Drogenszene am Hauptbahnhof führte. Die Wiedereinführung einer geschlossenen Unterbringung für besonders von Straffälligkeit bedrohte Kinder und Jugendliche, die rechtzeitige Betreuung von Familien bei entsprechenden Auffälligkeiten durch das Familieninterventionsteam (FIT) und die Einführung fester Ansprechpartner der Polizei für die Schulen (Cop4U) haben sich als wirksame Instrumente der Kriminalprävention erwiesen. Mit der Einführung von Polizeimitarbeitern im Wachdienst für gefährdete Objekte und des Städtischen Ordnungsdienstes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten besonders im Umwelt- und Verkehrsbereich wurde die Polizei entlastet und kann sich künftig auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Der FDP ist es gelungen, den sich darstellenden Zielkonflikt zwischen den freiheitlichen Bürgerrechten auf der einen und einem wirksamen Schutz vor den Gefahren des Terrorismus auf der anderen Seite zu lösen. Schon im Vorwege konnte die FDP erreichen, dass die erforderliche Novelle des Verfassungsschutzgesetzes mit weitergehenden

Kontrollrechten des Landesamtes für Verfassungsschutz in fünf Jahren ausläuft. Das Gesetz hat also ein Verfallsdatum. Genauso konnte es durch die FDP bei der Trennung von Polizeiaufgaben und Aufgaben des Verfassungsschutzes bleiben, indem die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität Aufgabe der Polizei bleibt. Das Gesetz lässt ferner auf Betreiben der FDP Abhörmaßnahmen in Räumen von Berufsgeheimnisträgern wie Rechtsanwälten oder Journalisten nicht zu, wenn diese nicht selbst verdächtig sind. Stark gemacht hat sich die FDP auch für eine Stärkung der parlamentarischen Kontrolle, die auf Betreiben der FDP nun im neuen Gesetz enthalten ist.

Die Sicherung der Rechte der Bürger auf Sicherheit und Freiheit hält die FDP auch weiterhin für eine derjenigen Kernaufgaben des Staates, auf die sie ihn konzentrieren möchte. Während staatliche Tätigkeit in den Bereichen, in denen sie übertrieben, überteuert und ineffektiv ist, zurückgedrängt werden muss, steht für die FDP außer Frage, dass bei Polizei und Justiz keinerlei Streichungen an Mitteln und Personal vorgenommen werden dürfen. Im Gegenteil, hier müssen die in anderen Tätigkeitsfeldern freiwerdenden Kapazitäten eingesetzt werden. Wer nur wegen des kurzfristigen Sparerfolges Sicherheit abbaut, handelt fahrlässig und unverantwortlich.

Die FDP will deshalb eine Polizei mit effizienten und transparenten Arbeitsmöglichkeiten. Die FDP wird sich auch künftig dafür einsetzen, dass die Polizei mit modernen und rechtsstaatlichen Arbeits- und Einsatzmitteln für Sicherheit sorgen kann. Dazu gehört der zügige Aufbau des digitalen Polizeifunks ebenso wie eine zeitgemäße EDV-Vernetzung mit den übrigen Strafverfolgungsbehörden.

Eine Modernisierung soll ferner durch Ausstattung von netzwerkfähigen PCs, Handys und Laptops in den Streifenwagen, aber auch im sonstigen Polizeiapparat erfolgen. Die Anwendung von zeitgerechter Software (Diktatprogrammen) muss selbstverständlich werden.

Die FDP setzt sich aber auch dafür ein, dass polizeiliche Maßnahmen für die Gesellschaft weiterhin transparent bleiben. Dazu ist die FDP auf dem Gebiet der von Abhörmaßnahmen in Wohnungen initiativ geworden und will die parlamentarische Kontrolle gesetzlich verschärfen. Auch bei

polizeilichen Großeinsätzen muss es für jeden Bürger möglich sein, Maßnahmen einzelner Beamter im Nachhinein überprüfen zu lassen. Deshalb befürwortet die FDP die Möglichkeit, sichtbare Dienstnummern einzuführen.

Die erhöhte Straßenpräsenz von Polizeibeamten, nicht nur im Pkw, sondern vor allem als Fuß- oder Fahrradstreifen und Streifen einer Reiterstaffel im Straßenbild, eine weiterhin dezentrale Struktur von Polizeikommissariaten sowie die Einrichtung ständiger Polizeiposten an Kriminalitätsschwerpunkten sind notwendige Maßnahmen, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen. In engem rechtsstaatlichem Rahmen kann auch die Videoüberwachung einzelner öffentlicher Plätze, an denen Straftaten wiederholt zu befürchten sind, dazu beitragen.

Auch in Zukunft wird sich die FDP jedoch gegen nicht gebotene gesetzliche Verschärfungen des Polizeirechts wenden. Überzogene Aufenthaltsverbote für Personen, längere sog. präventive Freiheitsentziehungen, verdachtsunabhängige Personendurchsuchungen und präventives Telefonabhören durch die Polizei will die FDP in Hamburg verhindern. Sämtliche Maßnahmen sind zur Strafverfolgung - auch bei Vorliegen des Anfangsverdachts, dass bestimmte Straftaten geplant werden - schon heute zulässig. Das Vorliegen wenigstens dieses Anfangsverdachts halten wir rechtstaatlich für unverzichtbar.

## **Staat und Verwaltung: schlank und effizient**

Unter rot-grüner Regierung und in den langen Jahren sozialdemokratischer Herrschaft zuvor wurde die Hamburger Verwaltung zum Beuteposten sozialdemokratischer Funktionäre. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss der Legislaturperiode 1998 - 2001 hat insbesondere in der Sozialbehörde bestürzende Beispiele von SPD-Filz zu Tage gefördert, von denen Rot-Grün heute nicht ablenken kann.

Hier hat nur der Regierungswechsel Abhilfe geschaffen. Außerdem wurden auf Betreiben der FDP viele öffentliche Aufgaben auf den Prüfstand gestellt.

Die Einführung von E-Government, der Nutzung des Internets für Verwaltungsverfahren, ist im Gange.

So wenig Staat wie möglich und so viel Staat wie nötig bleibt Forderung der Liberalen. Gerade die Hamburger Verwaltung ist im Verhältnis zur Bevölkerung immer noch zu groß und zu teuer. Eine durchgreifende Verwaltungsreform soll die Hamburger Verwaltung zu einem effektiven und effizienten Betrieb im Stile eines modernen Unternehmens zu machen.

Die FDP wird daher das Ziel in den nächsten 5 Jahren 10 Prozent des Personals abzubauen mit Augenmaß verfolgen. Dieses Ziel wird erreichbar, wenn konsequent die notwendigen Sachmittel für die Verwaltungsvorgänge bereitgestellt werden und alle - auch hoheitliche - Aufgaben dahingehend kritisch untersucht werden, ob aus Kosten- oder Organisationsgesichtspunkten eine staatliche Leistung durch private Dienstleister besser erbracht werden kann. Es sind in den Behörden außerdem abteilungsübergreifend prozessorientierte Ablauforganisationen einzuführen.

Die FDP setzt weiter auf Subsidiarität, der Verwaltungsentscheidung möglichst nah vor Ort: Der Bestand der Bezirke soll in der Hamburger Verfassung abgesichert werden. Den Bezirken sollen mehr Rechte zugeschrieben werden. Deshalb will die FDP folgende Kompetenzen den Bezirken zuweisen: die Finanzhoheit, die Planungshoheit und (eingeschränkt) Rechte, sich Satzungen und Ordnungen selbst zu geben. Die FDP will eine klare und gesetzliche Trennung von stadtstaatlichen und bezirklichen Aufgaben mit klarer und abschließender Zuweisung an den jeweiligen Bereich, sowie das Recht des Senats, Angelegenheiten an sich zu ziehen auf solche Fälle zu beschränken, die für die Gesamtstadt von besonderer Bedeutung sind. Die Planungshoheit umfasst vielfältige Gebiete, vor allem aber das Recht auf den Erlass von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. In den Bereichen, in denen die Bezirke eigene Entscheidungskompetenzen erhalten, darf der Senat nur zur Abwehr von Nachteilen für die Gesamtstadt tätig werden und Entscheidungen der Bezirke aufheben. Die Kriterien für eine derartige Evokation sind gesetzlich zu regeln. Das Evokationsrecht darf nicht dazu missbraucht werden, Planungsvorhaben der öffentlichen Diskussion oder gesetzlich vorgesehenen

Partizipationsrechten der Bürger (Bürgerbegehren) zu entziehen.

Um Verwaltungsabläufe nicht unnötig zu verzögern, will die FDP das Hamburgische Personalvertretungsrecht an den Standard der übrigen Bundesländer anpassen. Ziel ist es, die Einflussnahme der Personalräte auf behördenerne Entscheidungen maßnahmenbezogen und sachgerecht zu differenzieren. Damit soll das Personalvertretungswesen in Ämtern und Behörden mit den innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechten in Wirtschaftsunternehmen gleichgestellt werden, wie es in anderen Bundesländern auch heute sonst der Fall ist.

Die FDP wird sich entschlossen dafür einsetzen, dass alle in Hamburg neu erlassenen Gesetze in ihrer Gültigkeit auf grundsätzlich 10 Jahre und Verordnungen auf 5 Jahre befristet werden.

Liberale bekennen sich zu Möglichkeiten der direkten Demokratie. Die FDP will die Verringerung des Anmeldequorums für Volksbegehren von 10 auf 5 Prozent der Wahlberechtigten. Durch die Einführung von Wahlkreisen sowie des Panaschierens und Kumulierens soll den Wählern mehr Einfluss auf die Zusammensetzung von Bürgerschaft und Bezirksversammlung gegeben werden.

Die Wahl der Bezirksamtsleiter soll zukünftig direkt durch die Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

## **Justiz**

Die Zuordnung der Ortsteile zu den Amtsgerichten ist stellenweise ehr zufällig und folgt keinen logisch nachvollziehbaren Kriterien. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass der rechtsuchende Bürger nach einfachen Überlegungen erkennen kann, wo sein „gesetzlicher Richter“ zu finden ist. Wir setzen uns für nachvollziehbare Grenzen der Amtsgerichtsbezirke ein.

Überlange gerichtliche Verfahren sind für das Gerechtigkeitsgefühl der Bürger nachteilig. Daher wird die FDP auf die Verfahrensdauer insbesondere der Strafverfahren dadurch Einfluss nehmen, dass die

Aufstockung der Personalstellen bei der Staatsanwaltschaft im Haushalt gesichert wird. Dadurch soll eine zügige Hauptverhandlung und Verurteilung ermöglicht werden. Eine ähnliche Beschleunigung der Verfahren strebt die FDP auch für die Zivilgerichtsbarkeit und insbesondere für die Sozialgerichte an.

Mit der Neuplanung der Justizvollzugsanstalt Billwerder kann langfristig eine Verbesserung der Haftsituation in andern Anstalten erreicht werden. Mit der FDP wird es keinen Verwahr-Vollzug geben. Die Resozialisierung der Insassen bleibt bei gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit für die Öffentlichkeit zentrale Vorgabe des Vollzugsdienstes.

### **Soziales: Hilfe zur Lebensbewältigung statt Fürsorgebürokratie**

Liberale Sozialpolitik hat die ganze Gesellschaft im Blick. Sie begleitet aktiv positive Entwicklungen in allen Schichten und Gruppierungen und fördert das selbst bestimmte Leben des Einzelnen. Dabei sind soziale Transferleistungen nur ein Teillaspekt.

Unter Rot-Grün wurden soziale Transferleistungen ineffizient vergeben. Das damalige System half nicht den wirklich Bedürftigen, sondern denjenigen, die sich besonders gut darin auskannten. Ausdrücklich bekennt sich die FDP zur sozialen Verantwortung des Gemeinwesens für Bürger, die in Not geraten sind. Eine vollkommene Absicherung aller Lebensrisiken kann es allerdings nicht geben.

Die FDP hat sich im Senat daher dafür eingesetzt, den Sozialhilfemissbrauch zu bekämpfen und zielgerichtet denen zu helfen, die ihren Lebensunterhalt nicht alleine bestreiten können, vor allem Kinder, alte Menschen, Alleinerziehende, Kranke und Menschen mit Behinderung. Wir wollen unser Augenmerk mehr auf ein gutes soziales Miteinander richten und dieses unterstützen statt nur Hilfsbedürftige zu alimentieren.

Wir wollen zukünftig privat organisierte Selbsthilfe verstärkt fördern, statt viel Geld in anonyme Transfersysteme zu lenken. Wir stehen dem sog. zweiten Arbeitsmarkt sehr kritisch gegenüber, besser ist es, die Betroffenen

für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen. Die sozialste Politik ist die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Wir wollen Obdachlosen dadurch helfen, dass wir sie in normale Wohnungen vermitteln. Hierzu sind allerdings Vermieter nur zu gewinnen, wenn sie auf die Hilfe der Behörden vertrauen dürfen und nicht mit Zwangsmaßnahmen rechnen müssen.

Zur Stabilisierung des Sozialstaates will die FDP die Reform der sozialen Sicherungssysteme, mit dem Ziel, diese auf ihre eigentliche Aufgabe der Risikoabsicherung zurückzuführen und so wieder bezahlbar machen. Ein ganz wesentlicher Aspekt liberaler Sozialpolitik ist die Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeit, denn in Zeiten immer knapper werdender Kassen wird es immer wichtig, gerade die Menschen zu unterstützen, die sich in Vereinen und Verbänden für die Gemeinschaft ehrenamtlich engagieren und damit zu einer Minimierung staatlicher Ausgaben betragen.

## Familien- und Jugendpolitik

Die FDP setzt sich für eine aktive Familien- und Jugendpolitik ein. Die Erziehung und Betreuung unserer Kinder und die Verbesserung ihrer Ausbildung müssen erste Priorität erhalten. Die Ausbildungschancen der Jugendlichen müssen verbessert werden, kinder- und jugendgerechte Wohnumfelder geschaffen werden. Die FDP konnte hierfür die Kinderkommission der hamburgischen Bürgerschaft initiieren, die sich parteiübergreifend in allen Politikfeldern für die Interessen der Kinder einsetzen wird. Wir wollen Eltern in ihren Erziehungsbemühungen unterstützen, gleichzeitig aber auch eine konsequente Anwendung der bestehenden gesetzlichen Erziehungsmittel verfolgen, um Kindern überforderter Eltern rechtzeitig zu helfen.

Die Familie als Kern der menschlichen Gesellschaft muss gestärkt werden. Eine Flexibilisierung von Kinderbetreuungsangeboten und Arbeitszeiten der Eltern sowie Job-Sharing sind unverzichtbar. Die FDP will qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze für Männer und Frauen – wo möglich auch in Führungspositionen - bereitstellen. Familie und Beruf müssen vereinbar sein. Die FDP will von staatlicher Seite alles Nötige dafür tun. Familie gibt es auch in gleichgeschlechtlicher Lebensweise. Die FDP setzt sich für den

weiteren Abbau von Diskriminierungen und Vorurteilen gegenüber Schwulen und Lesben auf allen Ebenen ein.

## Frauen

Seit Jahrzehnten wandelt sich unserer Gesellschafts- und Frauenbild. Die Liberalisierung und Beschleunigung der allgemeinen Lebensumstände wirken auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern und auch auf politische Antworten hinsichtlich solcher Veränderungen, weil Frauen oft anders betroffen sind als Männer. Es müssen gezielt, an der Praxis orientiert Ausgleiche zwischen den Geschlechtern geschaffen werden. Hierfür Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Zielsetzungen eines "Gender Mainstreaming" in Hamburg fördern, sieht die FDP als wichtiges Anliegen an.

Die gleichwertige Anerkennung weiblicher Lebensentwürfe ist der Kernpunkt, auf den sich das liberale Frauenbild stützt. Das liberale Frauenbild orientiert sich zuallererst an der Frau als autonomes und selbstständiges Individuum, das seine Beziehungen wählt. Dies kann eine Entscheidung für oder gegen Kinder, für eine Verbindung von klassischer Familie oder Karriere oder für eines der beiden, für eine gleich-, nicht gleichgeschlechtliche oder jede andere Form von Beziehung sein.

Liberale Politik will die gesellschaftlichen Hürden abbauen, die einer wirklich freien Entscheidung entgegenstehen.

Liberale Frauenpolitik ist keine weibliche Spartenpolitik. Sie reicht in alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche hinein. Die FDP will insbesondere Frauen unterstützen, die ihr berufliches und privates Leben selbstständig organisieren wollen. Dazu zählen Existenzgründerinnen wie auch Mütter, die die Kinderbetreuung privat organisieren.

## **Senioren**

Viele ältere Menschen in Deutschland sind aktiv und gesellschaftlich gut eingebunden. Sie erbringen eine Vielzahl freiwilliger Leistungen in Familie, Nachbarschaft, Vereinen und Gemeinde und sind somit eine wesentliche Säule in der Gesellschaft.

Trotzdem bestehen gerade gegenüber älteren Menschen Vorurteile, die nicht selten zu Diskriminierungen aufgrund ihres Alters führt, wodurch sich ältere Menschen von gesellschaftlicher und politischer Teilnahme ausgeschlossen sehen.

Liberale setzen sich ein für eine Politik, die dieser Entwicklung entgegenwirkt und unterstützen Maßnahmen, die älteren Menschen es ermöglichen, ihre Lebenserfahrung und Kompetenz zum Wohl der Gesellschaft einzubringen. Bereits heute besteht die Hamburger Bevölkerung zu einem Drittel aus älteren Menschen, denen deshalb eine entsprechende gesellschaftspolitische Bedeutung zukommt. Dies ist jedoch bisher nicht der Fall.

Die FDP fordert daher:

1. Ältere Menschen sollen ihre Lebens- und Berufserfahrung - auch nach einer Frühpensionierung - gesellschaftlich sinnvoll und fördernd einsetzen können, wenn sie dies selber wollen.
2. Ältere Menschen sollten solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können, auch wenn sie zeitweise Hilfe von außen benötigen. Deshalb hat für uns die häusliche Pflege Vorrang vor der stationären Pflege.
3. In diesem Zusammenhang will die FDP eine Verbesserung der ambulanten Pflege. Wir wollen eine Modifizierung der Pflegezeiten für einzelne Verrichtungen sowie eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals.
4. Die FDP hält die Einführung einer flächendeckenden Qualitätssicherung staatlicher wie privater stationärer Pflegeeinrichtungen auch weiterhin für unerlässlich.
5. Privatinitaliven, die neue Wohnformen für alte Menschen anbieten, z.B. in Wohngemeinschaften und Wohnanlagen mit in-

- dividuellen Freizeit- und Pflegeangeboten, sollen gefördert werden.
6. Die Mobilität muss weiter verbessert werden. Stationen und Fahrzeuge des ÖPNV müssen schneller - zum Beispiel bei Renovierungen von Bahnhöfen - behindertengerecht ausgebaut werden. In den Fahrplänen sollen Bahnhöfe, die Rolltreppen oder Fahrstühle haben, ebenso wie Niederflurbuslinien angegeben werden.

## **Menschen mit Behinderung**

Menschen mit Behinderungen sind ein Teil unserer Gesellschaft und werden von ihr unterstützt. Dabei geht es nicht um allumfassende Versorgung, sondern um eine Hilfe zur Überwindung der Behinderung. Im öffentlichen Dienst sollen mehr Arbeitsplätze für Behinderte eingerichtet werden. Die Rahmenbedingungen für solche Arbeitsplätze auch in der freien Wirtschaft müssen überprüft werden. Auch für schwer- und schwerstbehinderte Menschen ist das Prinzip Arbeit im weitesten Sinne bestimmd für ihren Lebensrhythmus und ihre Lebensqualität. Dafür muss das Prinzip der Arbeitsassistenz weiter umgesetzt und qualitativ verbessert werden. Der Weg zu einem angemessen eigenständigen Wohnen mit entsprechender Unterstützung ist weiter zu verfolgen. Die Förderung des Behindertensports ist uns ein wichtiges Anliegen, auch im Bereich des Leistungssports. Die FDP freut sich auf die Special Olympics, deren Austragung in Hamburg wir erreichen konnten. Der zügige behindertengerechte Ausbau von Hamburgs Verkehrsmitteln wird von der FDP vorangetrieben.

## **Integrationspolitik**

Seit jeher war und ist Hamburg ein Anziehungspunkt von Migranten. Wir bekennen uns vor diesem Hintergrund zu einer offenen und diskriminierungsfreien Gesellschaft und treten für eine moderne, gesetzlich geregelte Zuwanderungs- und Integrationspolitik ein, die das Potenzial der Zuwanderer als Mitbürger zum Wohle Hamburgs voll erschließt. Die

Gründung eines Integrationsbeirats war eine politisch und sachlich richtige Entscheidung. Er bietet die Chance, dass die Bürger mit Migrationshintergrund stärker beteiligt sind und ihre Belange unmittelbar einbringen können. Der Integrationsbeirat sollte aber durch ein transparentes und demokratisch legitimiertes Berufungsverfahren gestärkt werden.

## **Gesundheit: Modern und leistungsfähig**

Die FDP will die Trägervielfalt der Hamburger Krankenhäuser mit qualifizierten Belegkrankenhäusern erhalten. Der Landesbetrieb Krankenhäuser wird so schnell wie möglich privatisiert. Dabei ist ein Abbau der marktbeherrschenden Stellung unabdingbar. Auf diese Weise wird zukünftig ein fairer Wettbewerb der Hamburger Krankenhäuser garantiert und eine Gesundheitsvorsorge auf hohem Niveau sichergestellt. Die FDP setzt sich dabei für eine hochwertige qualitätsgesicherte medizinische Versorgung der Hamburger Bevölkerung ein, die alle notwendigen Versorgungsformen für die Metropolregion Hamburg umfasst. Die Krankenhausinvestitionsmittel müssen gerecht unter den Krankenhäusern verteilt werden. Der Standort Hamburg muss als überregionales Kompetenzzentrum der innovativen Medizin weiter gestärkt werden. Die AIDS-Präventionsarbeit darf nicht einschlafen.

Die FDP setzt sich auch für regelmäßige Schuleingangs- und Entlassungsuntersuchungen und eine Gesundheitserziehung auch durch Ärzte in den Schulen ein.

In der Drogenpolitik gilt der Grundsatz: Alle Hilfe für Süchtige, alle Härte gegen Dealer. Ziel aller Hilfs- und Therapieangebote für Süchtige ist der Ausstieg und die Drogenfreiheit. Allerdings dürfen Süchtige, bei denen ernsthafte Therapieversuche wiederholt gescheitert sind, nicht allein gelassen werden. Darum sollen weiche Drogen, wie rezeptfreie Medikamente, mit Gebrauchsanweisung und Informationen über die Gesundheitsgefahren, frei verkäuflich sein. Nur dadurch werden die Konsumenten nicht nur vor Verunreinigungen und falschem Konsum, sondern auch vor dem Kontakt mit Dealern, die sie an harte Drogen

heranführen wollen, geschützt. Die FDP hat eine externe Evaluation des Hamburger Drogenhilfesystems durchgesetzt, um die vorhandenen Mittel möglichst effizient für die Süchtigen nutzen zu können. Außerdem muss ständig nach neuen Wegen gesucht werden, deshalb hat sich die FDP energisch für das Heroin-Modellprojekt eingesetzt.

Die FDP wird sich auch weiterhin für den Erhalt und die Neueinrichtung von dezentralen Hilfeeinrichtungen unter Einschluss von Gesundheitsräumen einsetzen. In den Justizvollzugsanstalten wird wieder ein Spritzentausch in Automaten angeboten.

### **Kultur: Pluspunkt im Metropolenwettbewerb**

Hamburg hat unter den SPD-geführten Senaten seit 1992 in der Kulturpolitik keine Akzente gesetzt. Der fortschrittlichen und vielfältigen Kulturszene Hamburgs stand eine strukturkonservative Kulturpolitik des SPD-geführten Senates gegenüber. Stärker als die Vorgängerregierung hat die FDP im Hamburger Senat auf die Förderung privaten Kulturengagements gesetzt. Die Mittel der Geschichtswerkstätten konnten durch Intervention der FDP für 2004 bei 400.000 gesichert werden. Liberale setzen auch weiterhin im Kulturbereich auf Privatisierung. Die Neustrukturierung der Kulturfinanzierung, insbesondere Förderung des Sponsorings, Stärkung der Stiftungen, die Förderung privater Theater und die Aufstellung von Mehrjahresprogrammen, um Spielstätten zu modernisieren und die Angebotsvielfalt auszuweiten, bleiben unsere wesentliche Ziele.

Liberale Kulturpolitik hat die Aufgabe, Initiative Eigenständigkeit und Wettbewerb für künstlerische Aktivitäten zu fördern. Kultur fördert den Tourismus, den Wirtschaftsstandort Hamburg und schafft somit Arbeitsplätze. Die kulturelle Entwicklung unserer Stadt lebt von der Kreativität der Künstler, der Akzeptanz der Kultureinrichtungen durch die Hamburger und die auswärtigen Gäste und von der Initiative unserer Bürger als Mäzene und Sponsoren. Hamburg kann seinen Ruf als weltoffene Stadt am besten dadurch Rechnung tragen, dass es den bei uns lebenden ausländischen Mitbürgern die Ausübung ihrer jeweiligen kulturellen Gebräuche ermöglicht. Hamburg steht im direkten

Metropolenwettbewerb mit Berlin und muss seine Stärken im Kulturbereich herausstellen und neue Schwerpunkte entwickeln. Ohne deutlich stärkeres Engagement z. B. in den Bereichen der Fotografie und der neuen Musik kann dieser Wettbewerb nicht erfolgreich bestritten werden.

Zudem setzen wir uns für die Ermutigung privater Finanzierung für kulturelle Veranstaltungen, z.B. durch die Schaffung einer zentralen Ansprechstelle in der Kulturbörde, die den Kontakt zwischen privaten Geldgebern und den Künstlern vermittelt, ein. Durch Bereitstellung von brachliegenden Räumen zur Ausweitung des Übungs- und Spielstättenangebots für junge Musiker, Theaterinitiativen und bildende Künstler wird Kultur auch im Kleinen gefördert. Schließlich will die FDP mehr Festspielwochen für Hamburg, besonders unter Einbeziehung seines prägenden Stadtbildes mit Fleeten und Kanälen, die entsprechend für Aufführungen auf Pontons oder Schiffen genutzt werden könnten.

### **Stadtentwicklung und Umwelt: Wachstum mit Qualität**

Rot-grüne Stadtentwicklungs politik hatte eine Abwanderung des Lebens in die Randbezirke, in andere Gemeinden und Städte zur Folge. Mit dem Sofortprogrammen Wohnbauflächen und Gewerbeflächen hat der von der FDP getragene Senat wie von uns gefordert erfolgreich gegengesteuert. Über 25.000 Wohneinheiten und knapp 100 ha erschließungsfähige Gewerbeflächen werden dadurch in Hamburg zusätzlich möglich.

Die FDP will diesen Weg weiter gehen. Die Stadt muss für Bewohner und Besucher gleichermaßen attraktiv und zukunftsweisend sein. Die Hamburger Stadtplanung darf sich nicht ausschließlich auf die Hafencity konzentrieren. Wohnen und Arbeiten, Kultur und Freizeit, Handel und Gewerbe, nicht zuletzt auch Lust gehören zur Vielfalt städtischen Lebens. Diese kann sich nur entwickeln, wenn Genehmigungsverfahren sowie die Umwandlung von Gewerbe in Wohnflächen erleichtert werden.

Wohnen auf dem Wasser ist ein erster Schritt zu neuen Wohnformen. Die urbane Attraktivität des städtischen Wohnens muss kombiniert werden mit den Anforderungen, die Familien zurzeit nur in den Randgemeinden

Hamburgs erfüllt sehen. Neue Wohnkonzepte, wie z. B. das „Reihenhaus im Hochhaus“, die Ansprüche an Raum und Betreuung Kinder moderner Familien erfüllen, sollen die Abwanderung verhindern.

Die FDP will die Identitätswahrung des Stadtbildes bei gleichzeitiger behutsamer Fortentwicklung, sowie die Belebung der City durch eine Mischung von Wohnen, Kultur und Arbeit. Die Abschaffung des Ladenschlussgesetzes ist ebenso unerlässlich, wie die Erleichterung der Außenbewirtschaftung für Gaststätten zur Erhöhung des Erlebniswertes der Stadt. Eine verstärkte Durchführung von Architekturwettbewerben zur Gestaltung von Problembereichen und stadtbildnerischen Wahrzeichen wie z.B. die Überwindung der Trennwirkung der Ost-West-Straße soll die Attraktivität fördern. Eine den Ansprüchen von Großveranstaltungen gerechte Verkehrsanbindung und Ausschilderung von AOL- und Color-Line-Arena muss geschaffen werden.

Die FDP will die Überführung sozialer in eine freie marktorientierte Wohnungsbaupolitik, sowie die vermehrte Subjekt- statt der bisherigen Objektförderung.

Umweltschutz muss mit Augenmaß, ohne ideologische Übertreibung oder administrative Willkür mit den Menschen und nicht gegen sie betrieben werden.

Die Kreativität von Bürgern und privaten Unternehmen kann dabei viel mehr, als bisher geschehen, genutzt werden, insbesondere auf dem Gebiet neuer Technologien und erneuerbarer Energien. Das Projekt "Fielmann schenkt Hamburg Bäume", das zu 200 gesponserten Neupflanzungen führen wird, ist beispielhaft. Die enge Zusammenarbeit mit den Hamburger Hochschulen verdient besondere Unterstützung. Ferner ist in Belangen des Umweltschutzes im Stadtstaat die Kompetenz der spezialisierten Verbände verstärkt zu berücksichtigen. Gerade hinsichtlich der Beachtung europäischer Rechtsnormen müssen sie rechtzeitig in Planungen einbezogen werden. Flächenrecycling muss auch im Sinne einer besseren Ausnutzung der bestehenden Infrastruktur Vorrang vor der Neuerschließung haben. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass staatliche Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass der schonende Umgang mit Ressourcen im

Eigeninteresse von Bürgern und Unternehmen liegt, und die Sanierung von Flächen Vorrang vor der Neuerschließung hat. Die FDP lehnt die Bebauung ökologisch besonders wertvoller Flächen ab. Die ökologische Wertigkeit einer Fläche darf sich nicht allein daran orientieren, ob sie auch Nutzfläche ist. Der Schutz der Elbe als „Lebensader“ Hamburgs verdient ebenso besondere Beachtung wie der Schutz der Hamburger Kulturlandschaften.

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass neue Technologien für den Umweltschutz genutzt und ökologische Forschungsvorhaben an den Hamburger Hochschulen und im Handwerk gefördert werden. Es soll zunehmend Energie aus erneuerbaren Energieträgern zu wettbewerbsfähigen Preisen gewonnen werden. Die FDP wird dafür sorgen, dass die Müllentsorgung den Stand der Technik auf dem Gebiet der Trennung der Wertstoffarten berücksichtigt. Die derzeit in Hamburg praktizierte Form der Mülltrennung durch den Verbraucher ist weitgehend technisch überholt und zu teuer.

Die Schadstoffkonzentration der Elbe soll weiter gesenkt werden, um die Elbe für die Fischerei wieder uneingeschränkt nutzbar zu machen. Ein Missbrauch des Umweltschutzes für fiskalische Zwecke soll nicht mehr stattfinden.

## **Finanzen: Hamburgs Zukunft sichern**

Im Wahlkampf 2001 verkündete der damalige Bürgermeister Ortwin Runde das Ende der Konsolidierung. Doch die Sparbemühungen des rot-grünen Senats waren auf Sand gebaut, wie sich nach unserem Kassensturz im Herbst und Winter 2001 sehr schnell herausstellte. 400 nicht ausfinanzierte Lehrerstellen, 70 nicht ausfinanzierte Betriebsprüferstellen, fehlende Vorsorge für Pensionsverpflichtungen, erhebliche Steuerausfälle durch handwerkliche Fehlleistungen der Bundesregierung bei den seit 1999 erlassenen Steuerreformgesetzen und die seit 2001 einsetzende Rezession brachten die Verschuldung auf einen neuen Rekordstand.

Die FDP wird sich dieser Herausforderung stellen und den Hamburger Haushalt sanieren. Oberstes Gebot ist dabei eine sparsame Haushaltsführung mit dem Ziel, wachsende Überschüsse im Betriebshaushalt zu erwirtschaften.

Darüber hinaus setzt sich die FDP für die Aufnahme eines konsequenten Neuverschuldungsverbotes in die Hamburger Verfassung ein. Nur so können auch die Handlungsfähigkeit und Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen gesichert werden.

Die Liberalen in Hamburg haben dafür gesorgt, dass der Finanzsenator beim Gewerbesteuer-Kompromiss 2003 sein Ziel, ertragsunabhängige Komponenten (Mieten, Leasingraten) in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen und den Kreis der Steuerpflichtigen auf die Freien Berufe auszudehnen, aufgeben musste. Auch in Zukunft wird es mit der FDP keine zusätzlichen Belastungen für Unternehmen und Steuerzahler in Hamburg geben; vielmehr wollen wir auf eine nachhaltige Senkung der Gewerbesteuer hinwirken, solange sie nicht im Rahmen einer Neuordnung des Steuersystems abgeschafft werden kann.

Erste Ansätze einer Generationenbilanz, welche die Verteilung staatlicher Leistungen und finanzieller Belastungen jetziger und künftiger Generationen offen legt, konnte die FDP im Haushaltsjahr 2003 durchsetzen und wird dies weiter betreiben.

Dazu dient die von der FDP angestoßenen Umstellung des kameralistischen Rechnungswesens auf eine nach kaufmännischen Grundsätzen ausgerichtete Buchführung - die **Doppik** - mit Bilanz, Ertragsrechnung, Finanzrechnung und in der letzten Stufe einer Konzernbilanz, in der alle Nebenhaushalte, seien es Landesbetriebe, öffentliche Unternehmen, Stiftungen oder Anstalten des öffentlichen Rechts erfasst werden. Künftig werden Politiker das Schuldennachen nicht mehr so leicht in Schattenhaushalten verschleiern können. Die Bürger werden an Hand der Bilanz und Ertragsrechnung jederzeit erkennen, ob der Staat über seine Verhältnisse lebt, sprich mehr konsumiert als erwirtschaftet oder ob der von ihm gewählte Senat eine solide Haushaltspolitik betreibt. Die FDP wird diesen Prozess der Umstellung begleiten

und darauf achten, dass sich der Staat - insbesondere bei Bewertungsfragen des Vermögens und der Schulden - nicht reich rechnet.

In jeder Verwaltung, ob unternehmensbezogen oder staatlich, steckt Rationalisierungspotential, in letzterer erfahrungsgemäß ein besonders hohes. Die jährlichen Rechnungshofberichte liefern unerschöpfliche Quellen für Sparmaßnahmen. Der Aufgabe „**Verwaltungsrationalisierung**“ hat sich die Koalition in den vergangenen Jahren mit besonderer Intensität gewidmet und bereits erste Spareffekte erwirtschaftet z.B. durch benchmarking der Bezirke, Abbau von Doppelarbeit bei Fachbehörden und Bezirken, Abbau von Verwaltungshierarchien, Zusammenarbeit mit Umlandgemeinden und mit dem Land Schleswig-Holstein.

Diesen Kurs will die FDP fortsetzen und beschleunigen durch

1. die Reform des Hamburger Personalvertretungsgesetzes), ein Vorhaben, das die CDU in der laufenden Legislaturperiode blockierte,
2. die Reorganisation des Gebäudemanagements,
3. die Entflechtung von fachpolitischer Steuerung und Durchführungsaufgaben, wobei erstere allein bei den Fachbehörden anzusiedeln ist, die Durchführung der Aufgaben jedoch unter Effizienzgesichtspunkten vorwiegend nicht in den Fachbehörden verbleiben soll, sondern auf Bezirke, andere zentrale Dienststellen, Landesbetriebe und wo immer möglich auf private Unternehmen zu übertragen ist,
4. Deregulierung mit festen Zielvorgaben zum Vorschriftenabbau in den Behörden, denn die Bürokratie macht nicht nur den Bürgern das Leben schwer, sie verursacht auch hohe Verwaltungskosten für Erlass und Kontrolle von Bescheiden,
5. die Schaffung nordstaatlicher Strukturen um eine Planungsnebeneinander oder -gegeneinander zu vermeiden und die norddeutsche Metropolregion zu stärken, insbesondere durch
6. den Ausbau der in Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden entwickelten elektronischen Verwaltung (E-Government), mit der bereits heute Teile des Antragswesens über Internet abgewickelt werden können,

7. die weitere Zusammenlegung geeigneter Verwaltungen Hamburgs mit denen Schleswig-Holsteins, (bisher dataport, Statistische Landesämter, Eichverwaltungen), Niedersachsens und Mecklenburg-Vorpommerns.

Erhebliche Sparmöglichkeiten finden sich im Bereich der **Zuwendungen**, also der Leistungen des Staates an Dritte, auf die weder dem Grunde noch der Höhe nach ein Anspruch besteht und die nur gewährt werden dürfen wenn der Staat an der Aufgabenerfüllung durch die Empfänger „... ein erhebliches Interesse hat, das ohne die Zuwendung nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann“ (§ 23 Landeshaushaltsordnung). Die Zuwendungen betrugen im letzten Jahr 817 Mio., das sind 8,4 % der bereinigten Gesamtausgaben. Zuwendungen bis jeweils 10.000 machen zwar 70 % der über 4.000 Empfänger aber nur 2 % des Gesamtvolumens aus. Ein Viertel des Gesamtbetrages teilen sich die größten Zuwendungsempfänger, das Universitätsklinikum Eppendorf, die Staatstheater und Museen.

Durch unsere Koalitionsvereinbarung ist es erstmals gelungen, eine Regierung zu zwingen, Zahlungen und Empfänger in Zuwendungsberichten offen zu legen. Auch wenn viele Zuwendungen aus unterschiedlichsten politischen Zielsetzungen und Begründungen notwendig erscheinen, bleibt doch ein erhebliches Einsparpotential, das die FDP nutzen und in einer Höhe von 10 % des jetzigen Volumens realisieren will durch

1. Beweislastumkehr für die Begründung und Weitergewährung von Zuwendungen,
2. Entwicklung und Anwendung einheitlicher transparenter Maßstäbe für Gewährung, Höhe und Verwendungskontrolle der Zuschüsse
3. Zeitnahe Prüfung der Verwendungsnachweise. Beispielsweise lagen in der Wirtschaftsbehörde im vergangenen September noch 198 ungeprüfte Verwendungsnachweise vor, von denen sich 158 auf die Zuwendungen der Jahre 2001 und früher bezogen. Spätestens nach 5 Jahren sind Rückforderungen nicht mehr einzutreiben.

## Für ein liberales Hamburg

Mit einer gestärkten Fraktion im Rathaus wollen die Freien Demokraten im Senat und in der Bürgerschaft insbesondere folgende Ziele erreichen:

- o den dringend erforderlichen, jedoch äußerst beschwerlichen Wechsel in der Bildungspolitik erfolgreich vollenden,
- o eine Sicherheitspolitik, die mit den Grundsätzen einer liberalen Rechtspolitik vereinbar ist und den Bedürfnissen der Bürger Rechnung trägt, gewährleisten,
- o alle Anstrengungen für ein Wachstum zum Wohle der Stadt fördern,
- o ein günstiges Umfeld für mehr Arbeitsplätze durch Senkung der Gewerbesteuer, durch Bereitstellung von Gewerbeflächen und durch eine an der Metropolfunktion der Stadt orientierte Verkehrspolitik schaffen,
- o zu einer sparsamen Haushaltspolitik beitragen und auf weitere Privatisierungen drängen, um so Mittel für Neuinvestitionen und zum Schuldenabbau zu gewinnen,
- o auf eine liberale Kulturpolitik hinwirken, die möglichst vielen kreativen Kräften in unserer Stadt Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet,
- o gemeinsam mit anderen FDP-regierten Bundesländern eine moderne Integrationspolitik durchsetzen, die für Hamburg das Potenzial der Zuwanderer als Mitbürger voll erschließt,
- o Bürgerengagement und Eigeninitiative fördern,
- o mehr Demokratie in den Bezirken durch Direktwahl der Bezirksamtsleiter einführen,

- o Umsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Die FDP ist grundsätzlich bereit, mit allen demokratischen Parteien über Koalitionen zu verhandeln. Zur Bürgerschaftswahl 2004 in Hamburg erklärt die FDP:

1. Eine Koalition mit der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ oder der „Partei Pro DM/Schill“ oder irgendeiner anderen Gruppierung, an der Herr Schill beteiligt ist oder war, schließt die FDP aus, da diese durch ihr untragbares Verhalten die Verantwortung für das Ende einer erfolgreichen Regierungskoalition tragen. Einschränkungen der Bürger- und Freiheitsrechte sind mit der FDP nicht zu machen.
2. Eine Koalition mit der „SPD“ oder der „GAL“ schließt die FDP aus, da diese den jahrelangen Stillstand, der Hamburg lähmte, zu verantworten haben und der erst durch die neue Regierung unter FDP-Beteiligung endlich aufgebrochen wurde. Ein Rückfall in die Zeit der rot-grünen Stillstandspolitik wird es mit der FDP nicht geben.
3. Zu einer Koalition mit der „CDU“ ist die FDP bereit, wenn dadurch die Ziele des Wahlprogramms nachhaltig sichtbar umgesetzt werden können. Nur die FDP garantiert in dieser möglichen Koalition eine Politik für ein liberales Hamburg für mehr Bildung, mehr Bürgerrechte und mehr wirtschaftliches Wachstum.
4. Nur mit der FDP kann Rot-Grün, aber auch eine große Koalition oder eine Alleinregierung der CDU verhindert werden. Alleinregentschaften und großen Koalitionen fehlt das entscheidende politische Korrektiv, das die FDP bietet.

- Ja, ich will bei der FDP Hamburg Mitglied werden.
- Ich will weitere Informationen von der FDP Hamburg zu folgendem Thema:

\_\_\_\_\_

Vorname, Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Tel./Fax./e-mail: \_\_\_\_\_

An die  
FDP-Landesgeschäftsstelle  
Ost-West-Straße 63  
20457 Hamburg

per Fax: 040 – 37 51 82 10